

#UNSER BREMEN KANN MEHR.

CARSTEN MEYER-HEDER

CDU
BREMEN

Carsten Meyer-Heder | Am Wall 135 | 28195 Bremen

LSVD Niedersachsen-Bremen e.V.
Postfach 42 01 05
30661 Hannover

Carsten Meyer-Heder
Am Wall 135
28195 Bremen

☎ 0421 308 945 8
✉ meyer-heder@cdu-bremen.de
🌐 meyer-heder.de
📱 CarstenMeyerHeder

Bremen, 14. März 2019

Sehr geehrter Herr Rottmann,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2019. Als Spitzenkandidat der CDU für die kommende Bürgerschaftswahl werbe ich für einen politischen Wechsel in Bremen und möchte, dass unser schönes Bundesland zukünftig besser regiert wird, denn **#UNSERBREMENKANNMEHR**. Was das im Detail heißt können Sie im Wahlprogramm der Bremer CDU und auf meiner Internetseite unter www.carsten-meyer-wer.de erfahren.

Anliegend erhalten Sie die beantworteten Wahlprüfsteine.

Bei weiteren Fragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Carsten Meyer-Heder

Wahlprüfsteine Lesben- und Schwulenverband in Deutschland / Landesverband Niedersachsen-Bremen – Antworten der CDU Bremen

1. „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie“ fortschreiben – Unterstützungsstrukturen für LSBTI langfristig absichern

1.1 Welche Vorschläge haben Sie, damit der „Aktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie für das Land Bremen“ evaluiert, fortgeschrieben und auskömmlich finanziert werden kann?

Die CDU in Bremen wirbt für Toleranz und wendet sich entschlossen gegen homo-, trans- und interphobe Tendenzen genauso wie gegen jede Form der Diskriminierung aufgrund bestimmter persönlicher Merkmale. Der 2014 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossene, 2015 vom Senat vorgelegte und 2018 erstmals evaluierte „Aktionsplan gegen Homo-, Trans-, und Interphobie“ ist vor diesem Hintergrund ein zentrales Element, um eine Haltung auch in praktisches politisches Handeln umzusetzen. Die CDU-Fraktion hat den Ursprungsantrag aus 2014 mitgetragen und bekennt sich auch weiterhin zum Aktionsplan. Der Aktionsplan wurde in den ersten Jahren nach Beschlussfassung umfassend evaluiert und die niedergelagerten Maßnahmen begutachtet. Die Debatte darüber wurde in der zuständigen Deputation und der Bremischen Bürgerschaft 2018 geführt. Wir werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode für eine Fortschreibung des Aktionsplans einsetzen und Maßnahmen ergreifen, wenn sich hierzu die Notwendigkeit ergibt. Zunächst streben wir die Umsetzung der im Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans niedergelegten Maßnahmen an. Deshalb bedürfen die im Aktionsplan dargelegten Handlungsvorschläge einer angemessenen Finanzierung.

1.2 Wie möchten Sie den regelmäßigen Austausch zwischen dem Bremer Senat, der Bürgerschaft, Vertretungen des LSBTI-Community und anderen Akteur*innen fortsetzen, um zum Beispiel den Aktionsplan weiterzuentwickeln?

Die CDU in Bremen schätzt und unterstützt bürgerschaftliches Engagement in Vereinen, Verbänden und weniger formell organisierten Interessengruppen. Wir begrüßen es sehr, wenn sich Menschen füreinander und ihre Belange einsetzen. Dies gilt natürlich auch und in besonderem Maße für die LSBTI-Community. Gerede denen, die sich ehrenamtlich betätigen, sind wir zu großem Dank und Anerkennung verpflichtet. Sie machen unser Land menschlicher, entlasten die staatlichen Strukturen und tragen erheblich zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Aus diesem Grund werden wir den Dialog mit der LSBTI-Community bei der Fortschreibung des Aktionsplanes sowie allen anderen Angelegenheiten, die diese Gruppe betreffen suchen und verstetigen. Hierzu wollen wir die parlamentarischen Beratungsgremien nutzen, weil sie einen gezielten Austausch zwischen engagierten Personen und politischen Entscheidungsträgern gewährleisten, der sich im Anschluss in praktisches Regierungshandeln umsetzen lässt.

1.3 Welche Ideen haben Sie, um dafür zu sorgen, dass LSBTI-Beratungs- und Unterstützungsprojekte in Bremen eine langfristige und auskömmliche Finanzierung erhalten?

Als CDU Bremen wollen wir, dass insbesondere die im Aktionsplan aufgeführten Beratungs- und Unterstützungsprojekte auskömmlich finanziert werden. Der entscheidende Punkt ist für uns dabei der Bedarf. Wir wollen uns die Beratungs- und Unterstützungsleistungen der jeweiligen Einrichtungen bzw. Projekte genau ansehen und die Mittel für hochfrequente Angebote fortschreiben. Andere Angebote, die zentral sind – aber aufgrund ihres Charakters nicht auf hohe Nachfragezahlen kommen – wollen wir ebenfalls angemessen unterstützen. Zusätzliche Mittel müssen oberhalb der Mehraufwendungen für Miete, Energie und Tarifsteigerungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter liegen.

2. „Regenbogenkompetenzen in Schule und Unterricht erhöhen“

2.1 Streben Sie die Aufnahme von LSBTI-Themen in die Rahmenlehrpläne / Curricular aller Schularten an und werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese auch in den unterrichtsbegleitenden Materialien und Schulbüchern sichtbar werden? Wenn ja, wie wollen Sie dieses Ziel konkret umsetzen?

Schulischer Unterricht muss gesellschaftliche Realitäten widerspiegeln. Dies erfolgt alterskonform, schulartenspezifisch, fächerübergreifend und unter Zuhilfenahme von adäquaten Unterrichtsmaterialien. In Bezug auf die schulische Vermittlung von LSBTI-Themen bedeutet dies für uns, dass im Unterricht ein respektvolles und diskriminierungsfreies Verständnis für die Verschiedenheit und Vielfalt der partnerschaftlichen Beziehungen, sexuellen Orientierungen und geschlechtlichen Identitäten transportiert werden soll. Hierfür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen und die Schulen bei der Umsetzung dieser Vorgabe, unter Wahrung ihrer Eigenständigkeit, in geeigneter Form unterstützen.

2.2 Wie möchten Sie dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche, die nicht heterosexuell sind und/oder nicht den vorherrschenden Geschlechternormen entsprechen, angstfrei zur Schule gehen können?

Wir setzen uns für die Bewahrung und Pflege eines wertschätzenden Umgangs sowie eines vertrauensvollen Miteinanders in Schulen ein. Dies umfasst alle Menschen, egal woher sie kommen, welchen Glauben sie haben oder wie sie sexuell orientiert sind. Intoleranz, Diffamierung und Diskriminierung – ganz gleich von welcher Seite und aus welchen Gründen – werden wir nicht in unseren Schulen dulden und aktiv begegnen. Wir halten das Mittel der Schulsozialarbeit hierbei für einen wichtigen Baustein und werden diese daher weiter stärken.

2.3 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ weiter in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und entsprechende Seminare an der Universität Bremen und am Landesinstitut für Schule Bremen verstetigt und mindestens jährlich angeboten werden?

Das Wissen über Pluralisierung und Vielschichtigkeit der Lebensformen, geschlechtliche Vielfalt sowie die Umsetzung von Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Lebensbereichen stellen wichtige Bestandteile eines gemeinsamen Wertekompasses dar, nach welchem das Arbeiten in pädagogischen Einrichtungen des Landes Bremen ausgerichtet ist. Für uns ist es daher nur folgerichtig, dass diese als feste Bestandteile der Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften dienen. Wir setzen uns dafür ein, dass derartige Angebote auch zukünftig in bedarfsdeckender Form erhalten bleiben und angeboten werden können.

3. „Diskriminierung und Hassgewalt entgegenwirken“

3.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in Bremen eine Studie in Auftrag gegeben wird, um empirische Daten über Ausmaß, Erscheinungsformen und Hintergründe sowie belastbare Erkenntnisse über den Umgang von Polizei und Justiz mit homophober und transfeindlicher Gewalt zu erlangen und Anfeindungen gegen LSBTI im Dunkelfeld sichtbar zu machen?

3.2 Werden Sie sich in Ihrer Regierungsverantwortung dafür einsetzen, dass die polizeilichen Erfassungssysteme in Bremen reformiert werden, um LSBTI-feindliche Hasskriminalität in ihrem realen Ausmaß sichtbar zu machen?

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet.

Wir halten es grundsätzlich für wichtig alle Kriminalitätsfelder zu erfassen, um dann auch die richtigen Ansätze für die Bekämpfung und insbesondere Präventionsmaßnahmen zu finden. Im Dezember 2018 wurde deshalb mit den Stimmen der CDU in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen, dass regelmäßig ein periodischer Sicherheitsbericht erstellt werden soll. Darin soll auch eine Dunkelfeldstudie enthalten sein, die sich mit Kriminalitätsphänomenen auseinandersetzen soll, die bisher nicht von der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik berücksichtigt werden. Dazu zählen wir auch die Erfassung von Anfeindungen gegen alle sexuellen und geschlechtlichen Identitäten.

3.3 Wie wollen Sie zukünftig mit Partnerstädten/-gemeinden von Bremen und/oder seiner Bezirke umgehen, die offen gegen homosexuelle oder transgeschlechtliche Menschen hetzen und Menschen kriminalisieren, die gleichgeschlechtlich lieben?

Die Bremer CDU spricht sich gegen jede Art der Diskriminierung aus. Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jegliche Form von homo-, trans- oder interphoben Tendenzen. Im Rahmen von Städtepartnerschaften sehen wir es daher als unsere Pflicht an, in solchen Fällen den Dialog zu suchen und für unsere Werte der Toleranz und des Miteinanders einzustehen. Sollte ein solcher Dialog nicht bzw. nicht mehr möglich sein, ist zu prüfen, ob gewisse Partnerschaften noch weiter fortgeführt werden können, wenn es zu eklatanten Unterschieden in den Weltanschauungen kommt.

4. Queere Geflüchtete und LSBTI-inklusive Integration sicherstellen

4.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften (Sicherheitspersonal, Sozialarbeiter*innen, Leitungen, Sprachmittler*innen), in den Beratungseinrichtungen, sowie bei der Polizei eigens zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTI Geflüchteten geschult werden? Falls ja, wie sollen Sie dieses Vorhaben umsetzen?

Wir erleben eine zunehmende Vielfalt in den beiden Städten unseres Landes. Umso wichtiger ist es, dass die Grundwerte unserer freiheitlichen Demokratie Grundlage für unser tägliches Miteinander sind und bleiben. Menschen- und Freiheitsrechte sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen immer wieder aufs Neue verteidigt werden. Wenn es gelingt, den Zusammenhalt der Menschen in unserem Land zu stärken, leisten wir zudem einen entscheidenden Beitrag für mehr Sicherheit. Der 2014 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossene, 2015 vorgelegte und 2018 erstmals evaluierte „Aktionsplan gegen Homo-, Trans-, und Interphobie“ sieht Fortbildungen für Fachkräfte in der Integrationsarbeit vor. Darüber hinaus wurde bei der Polizei Bremen ein Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (AgL) in der Polizei Bremen installiert. Die hier vorhandene Expertise kann also in Zukunft genutzt werden, um weitere Polizistinnen und Polizisten für das Thema zu sensibilisieren.

4.2 Werden Sie der Erweiterung der sog. „sicheren Herkunftsstaaten“ im Bundesrat um die Verfolgerstaaten Tunesien, Marokko, Algerien und Georgien widersprechen und auch zukünftig dafür sorgen, dass keine weiteren Staaten aufgenommen werden.

Die CDU ist insbesondere für die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, Asylmissbrauch zu verhindern, denn Asylbewerber aus diesen Staaten haben in den meisten Fällen faktisch keine Aussicht auf Anerkennung. Davon unberührt bleibt der individuelle Asylanspruch, wenn Asylsuchende aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in ihren Heimatländern verfolgt werden oder ihnen dort die Gefahr droht, an Leib, Leben oder Freiheit verletzt zu werden.

5. Familienvielfalt in Bremen stärken

5.1 Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in Institutionen der Familienplanung bzw. –hilfe oder des Familienalltags im Bundesland Bremen zu fördern?

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Für die CDU in Bremen ist Familie überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen. In Ehe und Familien suchen und finden viele Menschen Liebe, Geborgenheit und gegenseitige Hilfe. Hier werden Werte gelebt, die sich aus unserem Verständnis des Menschen ergeben – in seiner unveräußerlichen Würde und seiner Mitmenschlichkeit. Diese Definition von Familie und Verantwortung schließt ausdrücklich offengehalten und schließt deshalb unterschiedliche Familienmodelle ein. Wir setzen auf familienfreundliche Rahmenbedingungen und starke Familien in Bremen und Bremerhaven. Die Verbindung von unterschiedlichen Angeboten der Familienhilfe, z. B. mit niederschweligen sozialen und kulturellen Angeboten für Eltern, erachten wir als notwendig. Wir wollen deshalb jeweils ein Familienzentrum in der Mitte unserer Städte, mit einem niedrigschweligen Angebot für alle Lebenslagen unter einem Dach einrichten. Dadurch soll einerseits Familienförderung als Querschnittsthema zusammengeführt, die ‚Wege‘ verkürzt und die ‚Reichweite‘ von Beratungen erhöht werden. Andererseits wollen wir möglichst viele öffentliche und nicht-öffentliche soziale Träger unter einem Dach zusammenführen, um die Effektivität und Transparenz der Angebote zu verbessern und zu bündeln. Hier sollen explizit auch Familien eine Anlaufstelle finden, die unterschiedliche Modelle leben.

5.2 Welche Schritte planen Sie, um dafür zu sorgen, dass die assistierte Reproduktion und weitere Leistungen der Fortpflanzungsmedizin allen Menschen unabhängig von Familienstand, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität offenstehen?

5.3 Wie wollen Sie sich für die vollständige Gleichbehandlung von Regenbogenfamilien bei Entscheidungen über Pflegschaft und Adoption einsetzen?

Die Fragen werden gemeinsam beantwortet.

Die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages hat am 30. Juni 2017 entschieden, dass künftig in Deutschland die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare offensteht. Dies umfasst auch das gemeinsame Adoptionsrecht, das Pflegschaftsrecht und andere damit zusammenhängende Gesetze. Die CDU in Bremen bekennt sich zum besonderen staatlichen Schutz der Ehe, weil die Werte, auf denen sie beruht, besonders wertvoll sind – Verantwortung füreinander, Beständigkeit, Treue, Verlässlichkeit und vieles mehr. Es ist für uns ein positives Zeichen, dass sich diese Werte offenbar großer Beliebtheit erfreuen. Insbesondere ist es zu begrüßen, wenn Erwachsene Verantwortung für ein Kind übernehmen wollen, damit es in behüteten Verhältnissen aufwächst. Wo immer es im Bremischen Verwaltungshandeln zu Schwierigkeiten bei der Umsetzung der bundesgesetzlichen Vorgaben kommt, werden wir uns für eine Lösung einsetzen.

6. Vielfalt und Akzeptanz in allen Lebensaltern verwirklichen

6.1 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um auch in der Versorgung und Unterstützung von Senior*innen für Akzeptanz und Respekt zu werben und eine kultursensible Pflege und Versorgung zur gewährleisten?

Die CDU in Bremen will Partner aller älteren Menschen in unserem Land sein, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrem Wohnort oder ihrer sexuellen Orientierung. Wir wollen den Bedürfnissen und Wünschen aller Senioren und Seniorinnen gerecht werden und ein breites und umfassendes Angebot an Betätigung und Unterstützung gewährleisten. Die Zusammenführung von Menschlichkeit, Qualität und Bezahlbarkeit sowie die Orientierung an den Bedürfnissen der Betroffenen sind für uns zentrale Merkmale der Altenhilfe. Zudem bietet die Neuordnung der Pflegeausbildung ab Januar 2020, dass Akzeptanz bzw. Respekt vor

unterschiedlichen sexuellen Orientierungen sowie eine notwendige Kultursensibilität zu zentralen Ausbildungsinhalten werden und alle Auszubildenden hierüber informiert werden.

6.2 Wie wollen Sie sicherstellen, dass junge Menschen im Coming-out Unterstützung erhalten, die sie stärkt und auf den Weg der Persönlichkeitsfindung begleitet?

Das Coming-out ist für viele Menschen ein prägender biografischer Schritt. Das gilt insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene. Die CDU in Bremen will konstruktiv und partnerschaftlich an einem Abbau von Vorurteilsstrukturen, Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt arbeiten. Der 2014 von der Bremischen Bürgerschaft beschlossene, 2015 vorgelegte und 2018 erstmals evaluierte „Aktionsplan gegen Homo-, Trans-, und Interphobie“ enthält zahlreiche Maßnahmen, die junge Menschen im Coming-out unterstützen sollen. Enthalten sind sowohl Aspekte im Bereich der Schule, als auch im Bereich der offenen Kind- und Jugendhilfe. Wir wollen die im Aktionsplan dargelegten Maßnahmen weiter umsetzen und begleiten.

(Siehe hierzu auch die Antworten und 1.1)

7. Bremen tritt für Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten in der Bundespolitik ein.

7.1 Wollen Sie sich in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität ergänzt wird?

Die CDU in Bremen ist der Meinung, dass der Diskriminierungsschutz aufgrund der sexuellen Orientierung bereits rechtlich verwirklicht ist. Das Grundgesetz und das einfache Recht wie auch die Europäische Menschenrechtskonvention und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union verbieten Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität bereits. Das Bundesverfassungsgericht hat diesen Schutz in den letzten Jahren auch konsequent ausgebaut. Für Verfassungsänderungen muss ein strenges Prüfraster zugrunde gelegt werden, nach dem zu fragen ist, ob ausreichende Gründe bestehen, den Grundrechtskatalog als „Herzkammer“ der Verfassung zu verändern. In diesem Fall ist der angestrebte Schutz durch Artikel 3 Absatz 1 GG bereits gewährleistet. In seiner verfassungsrechtlichen Ausgestaltung deckt sich der Schutzbereich des Artikels 3 Absatz 2 GG mittlerweile mit dem des Absatzes 3. Eine ausdrückliche Nennung der sexuellen und geschlechtlichen Identität ist deshalb nicht erforderlich. Im Übrigen enthält die Bremische Landesverfassung in Artikel 2 bereits die „sexuelle Identität“ als Diskriminierungskategorie.

7.2 Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts einsetzen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungfamilien zu beenden auch Mehrelternfamilien gesetzliche Anerkennung zu verschaffen?

CDU/CSU und SPD haben in Ihrem Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode „Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für unser Land“ Folgendes vereinbart: „Im Hinblick auf die zunehmenden Möglichkeiten der Reproduktionsmedizin und Veränderungen in der Gesellschaft werden wir Anpassungen des Abstammungsrechts unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Arbeitskreises Abstammungsrecht prüfen.“ Zu den Kernthesen gehört es, dass als rechtliche Mutter weiterhin die gebärende Frau gelten soll. Als zweiter Elternteil soll sowohl ein Mann („Vater“) als auch eine Frau („Mit-Mutter“) in Betracht kommen. Die CDU in Bremen erwartet, dass der Bundesgesetzgeber die Vorschläge des Arbeitskreises und des 2017 vorgelegten Abschlussberichtes betrachtet und die zentralen Vorschläge berücksichtigt. Die Notwendigkeit einer eigenen Initiative im Bundesrat ergibt sich für uns hieraus nicht.